

## Insolvenzanfechtung, Mängelhaftung, digitaler Binnenmarkt – den Blick aufs B2B-Geschäft lenken!

*Für Handel und Dienstleistungen mit Profi-Kunden gelten andere Regeln als im Verbrauchergeschäft. Für die Unternehmen unter dem Dach des BGA ist B2B tägliches Geschäft. Damit der rechtliche Rahmen stimmt, muss der Gesetzgeber den großen Bereich des Handels zwischen Unternehmen im Auge haben – auf nationaler und europäischer Ebene. Zu drei aktuellen Gesetzesvorhaben hat der BGA-Rechtsausschuss mit Gästen des Bundesjustizministeriums und der Europäischen Kommission diskutiert.*

Dass Handel nicht gleich Handel und Dienstleistung nicht gleich Dienstleistung sind, bekommen Unternehmen wie Politik aktuell auf mehreren Ebenen zu spüren. Insbesondere wenn es um Unterschiede zwischen B2B- und B2C-Geschäft geht. So sind von den Exzessen der Insolvenzanfechtung Unternehmen betroffen, die gewerblichen Abnehmern Zahlungserleichterungen gewähren.

### Gesetz zur Insolvenzanfechtung kommt!

Der BGA setzt sich nachdrücklich für eine gesetzliche Korrektur der Insolvenzordnung ein, die Großhändlern wie intermediären Dienstleistern mehr Rechts- und Planungssicherheit verschafft. Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Anfechtungen von Ratenzahlungsvereinbarungen und anderen Zahlungserleichterungen einschränken soll, hat sich der BGA-Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 18. November 2015 positioniert. Das Gesetz soll im Frühjahr 2016 in Kraft treten. Dies wäre ein Erfolg jahrelangen BGA-Einsatzes!

Neues Unheil droht Großhändlern hingegen im Kaufrecht. Die Große Koalition plant eine verschuldensunabhängige Haftung von Verkäufern für Schäden, die bei Lieferung fehlerhafter Ware entstanden sind. Nach einem Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums sollen Verkäufer für den Aus- und Einbau der Sache sowie für Veränderungen der Sache durch Käufer aufkommen, auch wenn sie kein Verschulden trifft. Die Regelung geht auf EU-Verbraucherrecht zurück, soll aber auch auf B2B-Käufe erstreckt werden. Hierfür setzen sich Handwerk und Bauindustrie ein. Der BGA lehnt die Pläne strikt ab.

### BGA gegen Garantiehafung für Großhändler

Der BGA setzt sich für eine Beschränkung der verschuldensunabhängigen Haftung des Verkäufers für Aus- und Einbaukosten auf Verbrauchsgüterkäufe ein, wie es der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil aus dem Jahr 2011 verlangt. Für die Anwendung von Verbraucherrecht auf das Geschäftsverhältnis zwischen Unternehmen gibt es keinen Grund. Vielmehr würde eine solche Regelung die Geschäftsbeziehungen in der Lieferkette maßgeblich beeinträchtigen – zulasten des Mittelstands. Die Mitglieder des BGA-Rechtsausschusses hatten die Gelegenheit, die Auswirkungen einer Garantiehafung auf den Großhandel mit der BMJV-Abteilungsleiterin für Bürgerliches Recht, Beate Kienemund, zu diskutieren und haben eine BGA-Stellungnahme zum Referentenentwurf verabschiedet.

### B2B-Perspektive im digitalen Binnenmarkt

Auch bei den EU-Plänen für einen digitalen Binnenmarkt ist darauf zu achten, dass die Gesetzgebung nicht allein der Verbraucherperspektive folgt. Die Schwerpunkte der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt hat Dr. Thomas Kaufmann von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland mit den Mitgliedern des Ausschusses erörtert. Ob Datenschutz-Grundverordnung, Internet-Plattformen oder Online-Käufe: Wenn es konkret wird, muss die Politik ihren Blick auf das B2B-Geschäft lenken. Dafür setzt sich der BGA-Rechtsausschuss auch weiterhin ein.

[Alexander Kolodzik]

## BGA AKTUELL

### Großhandelsentwicklung weist auf kraftlose Konjunktur im vierten Quartal hin

„Die schwache Großhandelsentwicklung ist kein gutes Zeichen für das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal. Vielmehr deutet der Rückgang im Handel mit Investitionsgütern und Rohstoffen darauf hin, dass die Konjunktur derzeit eher auf der Stelle tritt. Auch der erfreuliche Zuwachs im Konsumgüterbereich konnte den Großhandel insgesamt im dritten Quartal nicht im Plus halten. Zudem erschweren weiter sinkende Preise das Geschäft vieler Großhändler.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur Umsatzentwicklung im Großhandel im dritten Quartal 2015.

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben die Unternehmen des Großhandels im dritten Quartal 2015 real 1,3 Prozent und nominal 2,4 Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Der Umsatz im Produktionsverbindungshandel, der ein Indikator für die Industrieproduktion und den Export ist, lag real um 3,1 Prozent und nominal um 6,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Konsumbereich setzte im Vergleichszeitraum hingegen real 1,0 Prozent und nominal 3,6 Prozent mehr um.

„Auch wenn politisch aktuell die Bewältigung des Flüchtlingszustroms und die Terrorbekämpfung im Mittelpunkt stehen, dürfen die Modernisierung der Infrastruktur und Anreize für private Investitionen nicht vernachlässigt werden. Sonst wären die Erfolge der vergangenen Jahre hohe Beschäftigung, gute Wettbewerbsfähigkeit und solide Finanzen langfristig gefährdet“, so Börner abschließend.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 1. Dezember 2015

### „Vielleicht war es der Handel, der den Glauben nach Trier gebracht hat“, Bischoff Ackermann zu Gast bei der Mittwochsgesellschaft des Handels

Vor 120 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden parierte Bischoff Dr. Stephan Ackermann am 2. Dezember Fragen zur ökologischen Landwirtschaft, dem Zusammenspiel zwischen Kirche und Gewerkschaften, den Terroranschlägen von Paris, der religiösen Vielfalt und der Vereinbarkeit von Ethik und Ökonomie. Die zum Hashtag

#MGBER auch bei Twitter stattfindende Diskussion zeigte, dass lebendige Seelsorge Kerngeschäft der Kirche an diesem Abend war.

Letztmalig in diesem Jahr lud die Metro Group, der BGA und der Einzelhandelsverband HDE zur Mittwochsgesellschaft des Handels ein. Michael Wedell, Leiter Politik und Außenbeziehungen der Metro Group, begrüßte den Bischoff mit den Worten: "Allein in Deutschland hat der Handel täglich 50 Millionen Kundenkontakte. Wenn man bedenkt, dass es in Deutschland knapp 24 Millionen Katholiken gibt, dann wird es da sicher eine große Schnittmenge geben."

Einleitend stellte der Vertreter des ältesten Bistums Deutschlands anhand der im Internet bereits vorab veröffentlichten Thesen dar, was Kirche und Handel zu globaler Gerechtigkeit beitragen können. Er rekurrierte auf den Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden und betonte, dass sich ethische Grundprinzipien und unternehmerischer Erfolg nicht ausschließen. Jedoch sei ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Märkten, abgesichert durch einen staatlichen Ordnungsrahmen, erforderlich.

Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax appellierte „Da wo der Mensch unternehmerisch tätig ist, nimmt er an Gottes Willen für seine Schöpfung teil“. Hierbei dürfe auch die Verantwortung für künftige Generationen nicht vergessen werden. Er sprach sich für einen institutionalisierten sozialen Dialog aus, welcher in vielen Ländern fehlte. Aufgabe der Kirche wäre hierbei, eine Plattform zu bieten, um den Dialog zu befördern.

Der Missbrauchsbeauftragte der katholischen Bischöfe betonte, dass eine profunde wirtschaftsethische Aus- und Fortbildung von immenser Bedeutung sei. Kein Wirtschaftstudent dürfe die Universität ohne sozialetisches Wissen und Kompetenz verlassen.

Abschließend erläuterte er sein Herzensprojekt das „Exposure- und Dialogprogramm“ von Justitia et Pax. Im Rahmen der Entwicklungspolitik ermöglicht es Menschen aus den westlichen Industrienationen eine direkte Begegnung mit den Armen in der Dritten Welt, deren Leben sie für einige Tage teilen. Dadurch entsteht ein neuer Zugang zu den Problemen von Armut und Unterentwicklung, aber auch die Möglichkeit, Handlungspotenziale zu erschließen.

[Kim Cheng]

## KONJUNKTUR

### Auftragseingänge und Produktion in der Industrie rückläufig

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im September gegenüber dem Vormonat um 1,7 Prozent nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zurückgegangen. Somit wurden im gesamten dritten Quartal 2,8 Prozent weniger Aufträge als im Vorquartal verbucht. Dabei erhöhten sich die Auftragseingänge aus dem Inland (+0,3 Prozent) und dem Euroraum (+0,9 Prozent), was weiter für die Erholung des Euroraums spricht. Die Aufträge aus dem Nicht-Euroraum gingen demgegenüber um 8,6 Prozent zurück. Dieser Rückgang ereignete sich allerdings nur in den Monaten Juli und August. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilte mit, dass die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe derzeit eine Durststrecke erfahren, die im Wesentlichen aus geringen Auftragseingängen aus dem Nicht-Euroraum resultiert.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im September gegenüber dem Vormonat um 1,1 Prozent nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ebenfalls gesunken. Für das dritte Quartal ergibt sich damit ein leichtes Minus von 0,3 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Während die Bauleistung ausgeweitet wurden (+0,7 Prozent), war hingegen die Industrieproduktion rückläufig (-0,5 Prozent). Das liegt vor allem an der Entwicklung im Bereich der Vorleistungs- und Konsumgüter.

Nach Einschätzung des BMWi verspürt die deutsche Industrie nach der guten Entwicklung im ersten Halbjahr aktuell einen leichten Gegenwind der Weltkonjunktur. Angesichts der zurückhaltenden Entwicklung der Auftragseingänge im dritten Quartal haben die Unternehmen ihre Produktion etwas eingeschränkt. Allerdings sei das Geschäftsklima nach wie vor gut und spreche für eine zeitlich begrenzte Durststrecke, so das BMWi abschließend.

[Moritz Melchior]

## AUSSENWIRTSCHAFT

### Einbindung der Wirtschaft bei der Umsetzung des WTO-Abkommens über Handelserleichterungen

Im Rahmen der laufenden Doha-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen haben die Mitglieder der Welthan-

delsorganisation (WTO) ein neues Abkommen über Handelserleichterungen abgeschlossen. Es ist das erste Abkommen seit der Uruguay-Runde vor fast zwei Jahrzehnten. Reformen in der Handelserleichterung haben das Ziel, Transaktionskosten für Unternehmen zu senken und dazu beizutragen, den Warenverkehr zu beschleunigen. Das Abkommen befürwortet explizit die Einbeziehung des Privatsektors bei der Umsetzung der handelserleichternden Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang fand Mitte Oktober eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Globalen Allianz für Handelserleichterungen in Berlin statt. Die Veranstaltung wurde von der Bundesregierung, dem BGA, BDI, DIHK und der Internationalen Handelskammer organisiert.

Bei der Globalen Allianz für Handelserleichterungen handelt es sich um einen Zusammenschluss mehrerer Geberländer, einschließlich der Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada und Deutschland. Ziel der Allianz ist, Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Umsetzung des Abkommens zu unterstützen und Unternehmen sowohl aus Industrie- als auch Entwicklungsländern aktiv einzubinden. Als Implementierungspartner steht die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) der Allianz zur Seite.

Die Umsetzung der Initiative wird durch das Sekretariat der Globalen Allianz erfolgen, welches aus dem World Economic Forum (WEF), der Internationalen Handelskammer (ICC) sowie dem Center for International Private Enterprise (CIPE) besteht. Der Startschuss für die Globale Allianz fällt offiziell bei der Welthandelskonferenz in Nairobi im Dezember.

Neben dem Sekretariat soll die GIZ Ansprechpartner für die globale Allianz in Deutschland sein und Unternehmen einbinden. Dominik Ziller, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betonte, dass es für Minister Gerd Müller wichtig sei, die globale Allianz erfolgreich zu machen. Dabei können die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eine vermittelnde und beratene Rolle übernehmen.

Marcus Schwenke vom BGA betonte die große Bedeutung, die die Umsetzung des Abkommens für die Mitgliedsunternehmen des BGA habe. Gerade mittelständische Unternehmen seien von Handelsbarrieren stark betroffen. Wenn es beispielsweise bei der Zollabfertigung Probleme gebe, wodurch ein Container wochenlang beim Zoll stehe und nicht abgefertigt werde, dann könne dies einen Mittelständ-

ler an den Rand der Existenz treiben. Schwenke hob hervor, dass bei der Zollabfertigung die Vorhersehbarkeit eine zentrale Rolle spiele und es gelte, diese zu stärken. Der BGA sei bereit, mit seinen Kompetenzen und Erfahrungen bei der globalen Initiative mitzuwirken und Reformen in der Handelserleichterung voranzutreiben. Von den Umsetzern der Initiative wünschte er sich konkrete Beispiele, die zeigten, wie KMUs eingebunden werden könnten. Für die künftige Zusammenarbeit der Globalen Allianz in Deutschland befürwortete Schwenke einen strukturellen Austausch zwischen der Bundesregierung, den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, der Internationalen Handelskammer und interessierten Unternehmen.

📧 Bei Fragen zur Globalen Allianz wenden Sie sich bitte an Anna Peter ([anna.peter@bga.de](mailto:anna.peter@bga.de)) oder Marcus Schwenke ([marcus.schwenke@bga.de](mailto:marcus.schwenke@bga.de))

## VGA

### Pflichtversicherung für IT-Sicherheit?

Der Schutz vor Cyberangriffen gehört derzeit zu den wichtigsten Herausforderungen für Unternehmen, wie die jüngsten Hackerangriffe zeigen. Je "wichtiger das Internet für unser Leben, desto konkreter die Pflicht des Gesetzgebers, auch im Digitalen angemessene Sicherheit zu gewährleisten", fordert Thomas Wischmeyer, Rechtswissenschaftler an der Universität Freiburg, in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung.

Auch wenn Cybersicherheit auf der digitalen Agenda der Bundesregierung stehe, "passiert ist bislang wenig", kritisiert Wischmeyer. Das IT-Sicherheitsgesetz (ITSiG) sei schon allein deshalb zukunftsweisend, da "die Politik überhaupt aktiv geworden ist", lautet seine Bestandsaufnahme.

Seine Forderung: "Ein umfassendes Gesetz, das anspruchsvolle Standards formuliert und den Kreis der Verantwortlichen nicht künstlich beschränkt". Zudem sollten Hard- und Software-Hersteller auch für fehlerhafte Produkte in Haftung genommen werden. Seine Position: eine Pflichtversicherung für Cyberrisiken würde – ähnlich der Kfz-Haftpflicht – wichtige Anreize zum besseren Schutz bzw. zur Vorsorge geben. So habe die Kfz-Haftpflichtversicherung seinerzeit die Position der Geschädigten gestärkt.

In der digitalen Informationsgesellschaft "drohen Gefahren von jenen, die sensible Daten verarbeiten: Wieso sollten hier

nicht entsprechende Pflichten gelten?", fordert Wischmeyer in seinem Gastbeitrag.

Die Digitalisierung der Wirtschaft aber auch sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche und die damit einhergehenden Risiken für Datenschutz und -sicherheit bleiben eine Herausforderung für die Zukunft. So spricht auch die VdS Schadenverhütung GmbH vom „Brandschutz des 21. Jahrhunderts“.

📌 Quelle: „Versicherungswirtschaft heute“, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, VdS Schadenverhütung GmbH, [www.vds.de](http://www.vds.de)

### Zitat der Woche

**»Vorbescide, welche die Steuerlast eines Unternehmens künstlich verringern, stehen nicht mit den EU-Beihilfavorschriften in Einklang.«**

Margrethe Vestager, EU-Wettbewerbskommissarin, über Beihilfen an Starbucks und Fiat durch die Niederlande und Luxemburg

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
[info@bga.de](mailto:info@bga.de) | [www.bga.de](http://www.bga.de)

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 3. Dezember 2015  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich